

Der Kanzler über die Regierungspolitik.

Graf Hertling hat dem Wunsch der Mehrheitsparteien Rechnung getragen und gestern im Hauptauschuß des Reichstags Erklärungen abgegeben, um die Zweifel zu beseitigen, die anlässlich des Rücktritts Kühlmanns an dem künftigen politischen Kurs der Regierung aufgetaucht waren. Wir geben nachstehend die Rede des Reichskanzlers wieder. Die Diskussion darüber, die sich im Hauptauschuß entsponnen hat, ist noch nicht zu Ende, sondern wird heute fortgesetzt. Den Bericht über die bisher gehaltenen Reden von Groeber, Scheidemann, Fischel und Graf Westarp veröffentlichen wir im zweiten Heft dieser Ausgabe.

Die Parteien des Mehrheitsblocks, Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie, haben also bereits gesprochen. Sie haben dem scheidenden Staatssekretär ihre Sympathien bezeugt, und insbesondere der sozialdemokratische Führer, Scheidemann, hat in ziemlich unverhüllter Form die Heeresleitung mit dem Rücktritt Kühlmanns in Zusammenhang gebracht. Ein abschließendes Gesamtbild der Debatte konnte gestern noch nicht gewonnen werden, da die Meinung verschiedener Gruppen, insbesondere auch der Nationalliberalen, noch nicht kundgetan worden ist. Wir verschieben bis dahin die ausführliche Besprechung des gesamten Vorganges.

Der Wortlaut der Kanzlerrede.

Meine Herren: Ueber die Vorkommnisse der letzten Tage sind die Herren ja bereits durch die Mitteilungen des Herrn Vizekanzlers unterrichtet. Ich habe mir trotzdem gesagt, daß möglicherweise die Herren den Wunsch hegen, daß ich selbst hier vor Ihnen erkläre und meine Stellung zu diesen Vorkommnissen offen darlege.

Rein Wechsel des politischen Kurses.

Meine Herren! Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. Das ist von Anfang an Grundsatz des Deutschen Reiches gewesen. Dieser Grundsatz steht auch heute fest. Meine Herren, an meinem politischen Standpunkte, wie ich ihn in meiner Rede am 29. November v. J. vor dem Plenum des Reichstages festgelegt habe, an diesem meinem Standpunkte, sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äußeren Politik, halte ich meinerseits vollkommen fest. Daran wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern.

Meine Herren, bezüglich der inneren Politik habe ich die damals gegebenen Zusagen, soweit es an meinem Willen lag, vollkommen eingehalten, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gemachten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen.

Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich meinen Standpunkt gleichfalls damals am 29. November deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt: Ich stehe auf dem Standpunkte der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August vorigen Jahres; die friedensbereite Bestimmung, die diese Antwort befehlet hat, befehlet auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf zur unabsehbaren Fortsetzung des Krieges. Meine Herren, was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Verehrtheit, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezwifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Meine Herren, Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Balfour gesagt hat, muß jedem Deutschen wirklich die Hornenröte in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich unausgesagt auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht hinter dieser Beschimpfung die Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, müssen wir mit unserem treuen Volke ausharren. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes, daß überall der erste Wille besteht: solange der Ver-

nichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten, und wir werden durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heeresführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt.

Nach wie vor Friedensgeneigtheit.

Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert; denn, meine Herren, auch das muß ich sofort sagen: wenn sich nun trotz dieser feindseligen Äußerungen dieser Staatsmänner irgendwo ernstliche Regungen für die Anbahnung eines Friedens oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiß uns nicht von vornherein ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn dieser oder jener Agent kommt und uns sagt: Ich kann da und dort Friedensbesprechungen herbeiführen. Sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindlichen Mächte uns, ausdrücklich autorisiert von ihren Regierungen, zu verstehen geben, daß Besprechungen möglich seien, Besprechungen zunächst natürlich in kleinem Kreise. Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nicht geredet. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedensneigung auf der anderen Seite hervortritt, dann werden wir sofort darauf eingehen, das heißt, wir werden sie nicht zurückschicken, wir werden zunächst in kleinem Kreise sprechen. Meine Herren, ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: sobald ein ernstlicher Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen.

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkte aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgestellt wurden.

Der Frieden von Brest-Litowsk.

Also zunächst bezüglich des Ostens. Meine Herren, wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in loyaler Weise ausgeführt sehen. Das ist den Willen der deutschen Reichsleitung, und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwierigkeit der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegt nicht auf unserer Seite, sondern diese Schwierigkeit liegt darin, daß — wie Sie wissen — die Verhältnisse in Rußland noch so außerordentlich unsicher sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität der gegenwärtigen russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber, wir werden nicht so unbedingt annehmen dürfen und können, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen.

Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen, wir stellen uns auf den loyalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörlich Verwicklungen, unaufhörliche Reibungen an den Grenzgebieten, unaufhörliche Übergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich wiederhole, unser Prinzip ist: wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk, und wir wollen den Frieden loyal ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen Regierung loyal verhandeln. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau, des Attentats, das an unserem Gesandten dort verübt worden ist. — eine völli-